

AfD-Fraktionspost

Ausgabe Sommer 2024

Mannheim darf sich nicht wiederholen

MESSERTERROR STOPPEN!

Regierung ignoriert Bürgerprotest

Wenn die Bürger Schutz vor „Schutzsuchenden“ suchen.

Lockdowns und Lügen

Warum ein Untersuchungsausschuss zur Corona-Politik längst überfällig ist.

Politik hat aus Bauernprotesten nichts gelernt

Lippenbekenntnisse und Beruhigungspillen gegenüber unseren Bauern.



FRAKTION IM LANDTAG
**MECKLENBURG-
VORPOMMERN**



Nikolaus Kramer - Fraktionsvorsitzender

Der Messermord von Mannheim

Ursachen und Konsequenzen

Mannheim am 31.05.2024:

Der bekannte islamismuskritische Aktivist Michael Stürzenberger trifft gerade die letzten Vorbereitungen für seinen Infostand. Seit Jahren betreibt er, oft konfrontativ und provozierend, aber fundiert, auf den Marktplätzen bundesweit unermüdliche Aufklärungsarbeit über die Gefahren des politischen Islams. Doch an diesem Freitag ist alles anders.

Kurz vor Beginn der Kundgebung stürmt der 25-jährige Afghane Suleiman A. mit einem Kampfmesser auf Stürzenberger und sein Team und sticht mehrfach zu. In die Beine, in die Brust, Rücken

und Gesicht. Der Polizist Rouven L. greift als einer der ersten Beamten ein und versucht, die unübersichtliche und lebensbedrohliche Situation zu entzerren. Fatalerweise dreht er jedoch dem Attentäter im falschen Moment den Rücken zu. Dieser sticht mit voller Wucht zweimal in den Nacken. Zwei Tage später erlag Rouven L. er seinen schweren Verletzungen.

Wie geht man nun mit einer solchen Tat um, die mich als Polizisten umso betroffener macht? Trauer, Entrüstung, Wut? Ja, das Schicksal von Rouven nimmt uns alle mit. Insbesondere die Polizeikollegen wissen: Es hätte jeden treffen können.

In den vergangenen Tagen und Stunden erreichten mich viele Fragen zu dem Geschehen in Mannheim. Insbesondere wurde ich immer wieder gefragt: Hätte das nicht verhindert werden können? Wieso stürzt sich der Beamte auf einen offensichtlich „Unschuldigen“ und gibt dem Attentäter die Möglichkeit, sich zu befreien? Warum schreien die Polizisten nur „Messer weg! Messer weg!“ und handeln nicht sofort? Warum läuft die eine Beamtin offensichtlich weg?

So einfach und absolut sind diese Fragen nicht zu beantworten. Allein schon deshalb nicht, wenn man nicht vor Ort gewesen ist und sich auf Medienberichte und Videos in der Analyse stützen muss. Dennoch sei mir ein Versuch selbiger gestattet. Und bei differenzierter Betrachtung wird man zu dem Schluss kommen: Es hätte jeden treffen können.

Die Beamten werden, wahrscheinlich wie schon hunderte Male zuvor, eingesetzt gewesen sein, um bei der Veranstaltung für Sicherheit zu sorgen. Schon hunderte Male zuvor ist nichts passiert und es stellt sich eine gewisse Routine ein. Und eben diese sich einstellende Routine ist die größte Gefahr für jeden Polizeieinsatz. Egal, ob Demonstrationen, Fußballspiele, Verkehrskontrollen oder eben solche Einsätze an Infoständen. Und dann eskaliert die Situation plötzlich. Innerhalb von Sekunden müssen die Beamten die Lage erfassen, beurteilen, bewerten und dementsprechend handeln. Sie haben keinen Videobeweis, sie haben keine Zeit, Gesetze zu prüfen – sie müssen handeln, um Gefahren für Leib und Leben abzuwenden.

An dieser Stelle möchte ich eine Lanze für die eingesetzten Beamten brechen. Auch wenn es offenbar zu einer Fehleinschätzung der Situation gekommen ist und mich die chaotische Situation vor Ort entsetzt. Denn die Ursachen dafür liegen sehr weit zurück. Die Verantwortlichen sind ganz andere.

Diese Bilder von Mannheim sind symptomatisch. Immer weniger Polizisten im Land, überalterte bzw. mangelnde Ausrüstung – ein einfacher Stichschuttschal z.B. hätte den Tod des Polizisten verhin-

dern können – sinkende Standards bei der polizeilichen Aus- und Fortbildung, um nur einige Faktoren aus polizeilicher Sicht zu benennen.

Hinzu kommen aber auch politische Faktoren, die weitaus gewichtiger sind. Seit Jahren fährt man bei der Polizei die Strategie der Deeskalation – das heißt, dass z.B. bei Demos in Berlin die Polizei lieber versteckt in Seitenstraßen bereitsteht, anstatt Präsenz zu zeigen und die Wehrhaftigkeit des Rechtsstaates zu zeigen. Komischerweise war das bei regierungskritischen Kundgebungen und Coronademos ganz anders. Da wurden Wasserwerfer aufgeföhren und Schlagstöcke gegen Omas gezückt. Und diese Deeskalationsstrategie setzt sich natürlich in den Köpfen der Beamten fest und kann im Zweifel dann entscheidende Sekunden des Zögerns auslösen. Hier endeten diese Sekunden für einen Polizisten tödlich.

Die Aufgabe der Polizei ist es, für die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu sorgen. Dafür werden auch Risiken eingegangen. Dadurch bringen sich Beamte in Lebensgefahr oder müssen nicht selten auch mit Verletzungen im Einsatz rechnen. Doch dass die Gefahrendichte und Intensität für die Beamten in den letzten Jahren gewachsen ist, ist auch ganz klar und in erster Linie die Folge einer desaströsen Migrations- und Innenpolitik der letzten Jahre. Explodierende Messerkriminalität, der Verlust der öffentlichen Ordnung, migrantische Parallelgesellschaften oder unkontrollierte Grenzen hängen von bewussten politischen Entscheidungen ab, die vor allem unsere Polizeibeamten im täglichen Dienst ausbaden müssen. Sie sind es, die an vorderster Front stehen, wenn die Realität von Massenmigration und multikultureller Gesellschaft die naiven Illusionen der Altparteienpolitiker zerstört. Derweil beobachtet der Verfassungsschutz lieber regierungskritische Delegitimierer, anstatt sich mit islamistischen Gefährdern auseinanderzusetzen.

Wir müssen wissen, wer in unser Land kommt! Wir müssen unsere Grenzen und damit unser Volk schützen! Wir müssen endlich aufhören mit dieser desaströsen Sparpolitik zulasten der Inneren Sicherheit und auf dem Rücken der Beamten.



Wenn die Bürger Schutz vor „Schutzsuchenden“ suchen

Als migrationspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im Landtag hat mich ein Thema in den vergangenen Wochen besonders bewegt und beschäftigt: In der knapp 1.300-Einwohner-Gemeinde Dabel, die zu meinem Wahlkreis gehört, soll in der ehemaligen Kaserne eine Asylunterkunft für 540 Personen entstehen: 540 Asylbewerber auf 1.300 Einwohner! Das bedeutet: mit einem Mal wird fast jeder dritte Einwohner der Gemeinde ein Mensch aus einer fremden Kultur sein. Ein Vorhaben, das laut Landrat Stefan Sternberg alternativlos sei: „Ich muss es umsetzen wie Sie!“ schleuderte der SPD-Politiker bei einer Informationsveranstaltung den überrumpelten Bürgern entgegen.

Ich war (übrigens als einziger Landtagsabgeordneter) bei den Informationsveranstaltungen in Dabel vor Ort und habe erlebt, wie ohnmächtig sich die Bewohner angesichts der drohenden Überforderung ihrer Gemeinde fühlen. Zum Teil mit Tränen in den Augen schilderten mir Menschen ihre Sorgen. Und genau diese Sorgen habe ich im Plenum zum Thema gemacht und in einem Antrag gefordert, den Bürgerwillen in Dabel endlich zu respektieren.

Die Reaktion der Vertreter der anderen Fraktionen? Das Übliche: Man behauptet, zur Unterbringung der Migranten gesetzlich und moralisch verpflichtet zu sein und unterstellt uns, „Hass und Hetze“ zu schüren. Den inhaltlichen Tiefpunkt lieferte LINKE-Abgeordnete Steffi Pulz-Debler (die sich bereits vor Monaten im Plenum öffentlich dafür schämte, „weiß“ und „deutsch“ zu sein): Sie behauptete, dass „auf dem Rücken Schutzsuchender“ auf den Straßen in Dabel „billiger Kommunalwahlkampf“ betrieben werde.

Die berechtigten Sorgen der Bürger in Dabel vor der drohenden Überforderung durch eine völlig überdimensionierte Asylunterkunft wurden übrigens in keinem einzigen Redebeitrag der anderen Fraktionen ernsthaft thematisiert!

Das haben auch die Menschen in Dabel bemerkt. Auf der Facebook-Seite der Gemeinde kommentierte der parteilose Bürgermeister die Ignoranz der anderen Parteien mit folgenden Worten: „Es ist schon bemerkenswert, wie man im Landtag mit Herausforderungen in unserer Gemeinde umgeht.“ Dem ist leider nichts hinzuzufügen.





Thore Stein - Parlamentarischer Geschäftsführer

Geheimtreffen der Altparteien

Demokratisch nicht legitimierte Nebengremien schaden dem Ansehen des Landtages

Haben Sie schon einmal vom Ältestenrat gehört? Ältestenräte sind Gremien in deutschen Parlamenten, die sich mit Angelegenheiten der Geschäftsordnung, den Parlamentssitzungen und der allgemeinen Arbeit im Parlament beschäftigen. Sie setzen sich aus dem Präsidium, also dem Landtagspräsidenten und dessen Stellvertretern sowie den parlamentarischen Geschäftsführern der Fraktionen zusammen.

Die Zusammenarbeit in diesem, in der Landesverfassung und Geschäftsordnung festgeschriebenen Gremium, ist im Regelfall von einer gewissen Kollegialität und Gesprächsbereitschaft geprägt. Zumindest vordergründig. Denn offenbar existiert im Landtag von MV bereits seit längerem ein inoffizielles Nebengremium, welches stets vor den offiziellen Sitzungen des Ältestenrates tagt, um die wesentlichen Punkte vorab abzustimmen. Und das ohne die AfD-Fraktion, denn die wusste von diesem Treffen natürlich nichts.

Es ist somit ein Skandal, wenn die anderen Fraktionen den Ältestenrat durch weder vorgesehene noch demokratisch legitimierte Nebengremien überflüssig machen, da Anträge und Abstimmungsverhalten zuvor abgesprochen wurden.

Diese Hinterzimmerpolitik zur Ausgrenzung der stärksten Oppositionsfraktion offenbart das Demokratieverständnis aller anderer Fraktionen.

Dies wurde bereits deutlich, als der AfD-Fraktion als zweitstärkster Kraft im Landtag ein Sitz im Landtagspräsidium vorenthalten und auch die Teilnahme an den für die Opposition so wichtigen Kontrollgremien der „Parlamentarischen Kontrollkommission“ und „G10-Kommission“ verwehrt wurde. Wo es geht, wird die AfD als stärkste Oppositionskraft und laut aktuellen Umfragen stärkste politische Kraft in Mecklenburg-Vorpommern ausgegrenzt, während man gleichzeitig das Hohelied der Demokratie singt, die durch das Erstarken der politischen Rechten angeblich in Gefahr sei.



MV braucht eine echte Vermögensbildungspolitik

Martin Schmidt - Finanzpolitischer Sprecher

Die Haushalte in Mecklenburg-Vorpommern besitzen ein geringes Vermögen. Eine unterdurchschnittliche Eigenheimquote, wenig Ersparnisse und wenig Wertpapierbesitz rächen sich im Ruhestand. Dies muss sich ändern, denn auf die gesetzliche Altersvorsorge ist kein Verlass mehr. Deswegen fordern wir Förderprogramme für Eigenheime für Familien und Alleinerziehenden. Wir wollen finanzielle Bildung endlich fest in der Schule verankern. Aber auch durch digitale Videoformate, an Volkshochschulen und mittels Börsenvereinen an Universitäten soll Finanzwissen gestärkt werden.

Auch Unternehmer, die meist keine Zeit für bspw. Steuerrecht und Darlehensmodalitäten haben, sollen darin befähigt werden, Geld und Finanzen besser zu verstehen. Vor Abzockern und schlechten Angeboten warnt die Verbraucherschutzzentrale. Diese müssen wir stärken, da falsche oder einseitige Beratung bei der Geldanlage sich ein Leben lang rächen kann. Unsere Familien brauchen Hilfe beim Eigenheimaufbau und unsere Bürger eine gestärkte Finanzkompetenz, dann wächst unser Vermögen im Land.



Freier Diskurs statt Indoktrinierung unserer Kinder

Enrico Schult - Bildungspolitischer Sprecher

Die Indoktrinierung der Kinder und Jugendlichen, ihre Ideologisierung durch den Staat und die ihn tragenden Parteien nimmt spürbar gesteigert zu.

Das zeigte die dreiste Aktion von Ministerpräsidentin Schwesig, als sie an Kindertagesstätten Schokoladen-Osterhasen mit ihrem und dem Konterfei von Reem Alabali-Radovan, der Antirassismus-Beauftragten der Bundesregierung, verteilen ließ – mit aufgedrucktem SPD-Logo natürlich, quasi als Wahlwerbung an die Adresse der Eltern: Ist es nicht schön, dass die Landesmutter Oster-Süßigkeiten in Kindertagesstätten verteilt?

Nein, das finden wir eben gerade nicht. Mit solchen Vereinnahmungen beginnt es bei den Jüngsten, und es endet damit, dass in den Schulen eher wieder politisch korrekte Bekenntnisse statt tiefer Erkenntnisse benotet werden. Und das sind beileibe keine Einzelfälle.

Während einer Veranstaltung des Landesjugendrings im Landtag bekamen wir mit, dass Funktionäre aufgeschlossene Jugendliche dezidiert davor warnten, sich mit AfD-Mandatsträgern zu unterhalten oder sich gar noch mit ihnen fotografieren zu lassen. Plumper kann man's sich nicht vorstellen: Warnung vor „Kontakt-schuld“. Offenbar sind wir wieder in einem vormundschäftlichen Staat angekommen. Allerdings gaben die Jugendlichen nichts auf die Anweisungen und fotografierten munter drauflos.

Und solche „Demokratie-Erklärer“ tummeln sich nun auch zuhauf in unseren Schulen. Denn mit ihrem Planspiel „Leben, Lie-

ben – Kreuzchen machen“ schickte nun ausgerechnet dieser Landesjugendring vierzig „Spieleiter“ in die Schulen, um die 70.000 Erstwähler in MV über Wahlen, Parteien und Demokratie zu informieren.

Auffällig aber, dass es der Landesjugendring mit der Demokratie selbst gar nicht so genau nimmt. Denn nach einem Grundsatzbeschluss aus dem Jahr 2014 will der Landesjugendring den Austausch mit der AfD vermeiden und lädt deren Vertreter deshalb auch prinzipiell nicht zu seinen Veranstaltungen ein. Jüngst geschehen in Schwerin, als der AfD-Europakandidat, Steffen Beckmann, als einziger der EU-Kandidaten bei einer Podiumsdiskussion nicht dabei sein durfte. So ticken sie also, die Vorzeigedemokraten, und solche Menschen wollen unseren Schülern die Demokratie näherbringen? Nein, danke!

Diese Zwangsvereinnahmungen werden heute gerne als „Courage“, als „Demokratiekompetenz“, als Beitrag für „Vielfalt und Toleranz“ angesehen. Auch das ist klassisch: Schon immer ging die Ideologisierung mit der Herrschaft von Phrasen einher, die so dauerpräsent waren, dass ihnen immer weniger Glauben schenkten. Auch das Ende der DDR war von immer schrillerer AgitProp-Kultur begleitet.

Wir setzen uns für den offenen politischen Disput ein, für den freien Diskurs innerhalb einer echten Demokratie, und wir wenden uns gegen Denk- und Kontaktverbote. Unsere Anhängerschaft in der Jugend wächst daher spürbar.

Politik hat aus Bauernprotesten nichts gelernt

Jens Schulze-Wiehenbrauk - Agrarpolitischer Sprecher

Der EU-Ministerrat hat die seit Wochen diskutierte Vereinfachung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) formal beschlossen. Doch was auf den ersten Blick wie ein bedeutender Schritt zur Entlastung der Landwirte aussieht, erweist sich bei genauerem Hinsehen als unzureichend und halbherzig. Am 13. Mai verabschiedeten die Vertreter der EU-Mitgliedstaaten in Brüssel die neue Mini-Reform der GAP. Eine der zentralen Änderungen ist die Aussetzung der Pflicht zur Stilllegung von Ackerflächen bis zum Jahr 2027. Diese Maßnahme soll den Landwirten mehr Flexibilität bieten und ihre wirtschaftliche Belastung verringern. Doch gerade diese und weitere Lockerungen im Rahmen der GLÖZ lassen den notwendigen strukturellen Wandel in der Landwirtschaft vermissen. Insbesondere die Aufhebung der GLÖZ-Kontrollen auf kleinen Betrieben mit weniger als 10 Hektar sowie die Lockerungen beim Erosionsschutz (GLÖZ 5), der Mindestbodenbedeckung (GLÖZ 6) und dem Fruchtwechsel (GLÖZ 7) sind zwar Schritte in die richtige Richtung, gehen aber nicht weit genug, um die bürokratische Last signifikant zu verringern.

Trotz der fast 200 Vereinfachungsvorschläge hat das Bundeslandwirtschaftsministerium nur einen Teil davon umgesetzt. Dies hat bei einigen Bundesländern für Unverständnis gesorgt. Insbeson-

dere die Forderung nach der Abschaffung der Stoffstrombilanz im Rahmen des Düngerechts wurde nicht weiterverfolgt. Diese Maßnahme hätte den Landwirten eine deutliche Entlastung bringen können, bleibt aber aus.

Die beschlossenen Maßnahmen der GAP-Reform sind ein Schritt in die richtige Richtung, aber sie bleiben weit hinter den Erwartungen und Notwendigkeiten zurück. Um eine wirklich nachhaltige und zukunftsfähige Landwirtschaft zu gewährleisten, bedarf es weitreichender Reformen und einer ernsthaften Reduktion der bürokratischen Last für die Landwirte. Die Diskussionen und Entscheidungen auf nationaler Ebene in Deutschland werden zeigen, ob hier der notwendige Mut und Ehrgeiz vorhanden sind, um weitergehende Maßnahmen zu ergreifen und die Landwirtschaft fit für die Zukunft zu machen.

Denn bisher hat sich die Phrase vom Bürokratieabbau als reines Lippenbekenntnis erwiesen. Besonders die drohende Einführung des Tierwohlzents wird sich als Bürokratiemonster erweisen. Somit tritt das Gegenteil der leeren Versprechungen ein.

Entbürokratisierung wird es nur mit der AfD geben.





Jens-Holger Schneider - Digitalisierungspolitischer Sprecher

Hackerangriffe in MV

Dringender Bedarf an Investitionen in IT-Sicherheitsinfrastruktur

Die Internetseiten der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns sowie deren Polizeibehörden, einschließlich des Landeskriminalamts und des Verfassungsschutzes, waren zeitweise nur eingeschränkt erreichbar. Grund hierfür ist ein mutmaßlicher Hackerangriff, der die Server des Datenverarbeitungszentrums Mecklenburg-Vorpommern, dem IT-Dienstleister des Landes, erheblich beeinträchtigte. Innenminister Christian Pegel bestätigte, dass es sich um gezielte DDoS-Attacken handelt. Diese Art von Angriff zielt darauf ab, Server durch massenhafte Anfragen zu überlasten und somit lahmzulegen.

Es ist höchste Zeit, dass die Landesregierung die Realitäten des 21. Jahrhunderts anerkennt und entsprechend handelt. Wir leben in einer digital vernetzten Welt, und es ist unerlässlich, in moderne Infrastrukturen und qualifiziertes Personal zu investieren.

Es ist schon bemerkenswert, dass selbst Kleinstunternehmen oft besser gegen solche Angriffe geschützt sind als staatliche Einrichtungen. Es ist nicht hinnehmbar, dass staatliche Einrichtungen hinterherhinken und erst Maßnahmen ergreifen, wenn das Kind

bereits in den Brunnen gefallen ist. Die wiederholten Angriffe auf unsere staatlichen Server zeigen deutlich, dass reaktive Maßnahmen nicht ausreichen.

Wir fordern ein Umdenken und proaktive Maßnahmen, um zukünftige Bedrohungen zu verhindern. Wir müssen in Technologien investieren, die uns nicht nur vor aktuellen, sondern auch vor zukünftigen Bedrohungen schützen. Die Landesregierung muss endlich verstehen, dass dies eine Investition in unsere Sicherheit und Zukunftsfähigkeit ist. Es darf nicht sein, dass wir immer nur auf Krisen reagieren, statt präventive Strategien zu entwickeln und umzusetzen.

Die aktuellen Angriffe werfen ein Schlaglicht auf die Verwundbarkeit staatlicher IT-Systeme und die dringende Notwendigkeit, diese nachhaltig zu stärken. Nur durch gezielte Investitionen und strategische Planung kann gewährleistet werden, dass die IT-Infrastruktur den wachsenden Herausforderungen gewachsen ist. Die Forderungen nach umfassenden Maßnahmen zur Verbesserung der Cybersicherheit dürften nach diesen Vorfällen noch lauter werden.



Nebelkerze Nordkreuz

Paul Timm - Mitglied im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss

Bei der öffentlichen Zeugenvernehmung im NSU-Untersuchungsausschuss wurden zwei federführende Bundesanwälte angehört, welche mit der Aufarbeitung des Nordkreuzkomplexes betraut waren. Dieser war in die regionalen Schlagzeilen geraten, nachdem ein Polizist der Landespolizei sowie ein ehemaliger Rechtsanwalt als Mitglieder der Gruppierung bekannt wurde. Die Zeugen, zwei gestandene Anklagevertreter des Generalbundesanwaltes, erläuterten übereinstimmend, dass der Nordkreuzkomplex juristisch umfangreich und strafrechtlich abschließend durch die Bundesanwaltschaft bearbeitet worden ist. Das Verfahren gegen die zwei Beschuldigten wurde mangels einer erkennbaren Absicht zur schweren staatsgefährdenden Straftat eingestellt. Es sind keine weiteren Verfahren anhängig.

Die Absicht, politische Feinde zu beseitigen, konnte ebenso wenig bestätigt werden. Es ist im Hinblick auf die Tätigkeiten schließlich nicht verboten, zwei Paletten Klopapier

zu lagern. Somit war aus Sicht der Bundesanwälte keine real weltliche Umsetzung zu erwarten gewesen. Ein Terrornetzwerk gab es auch nach gründlicher Prüfung nicht, lediglich einen Anfangsverdacht - dieser hatte sich ebenso nicht erhärtet. Folgerichtig hat die Behörde das Ermittlungsverfahren eingestellt.

Damit stellt der sogenannte Nordkreuzkomplex keine reale Bedrohung oder Gefahr dar. Er ist somit nicht mehr als ein linksgrünes Hirngespinnst, das bis heute Kräfte bindet und von der Realität ablenkt. Der Terrorakt in Mannheim am vergangenen Freitag zeigt außerdem, von wem tatsächlich eine reale, tödliche Gefahr ausgeht: dem eingewanderten Islamismus und den offenen Grenzen. Deswegen sollte dieser Untersuchungsausschuss den Nordkreuzkomplex abschließen und sich anderen, relevanten Untersuchungsgegenständen zuwenden. Die Nebelkerze Nordkreuz lenkt von den eigentlichen Fragen zum NSU und der Rolle des Verfassungsschutzes ab.



Thomas de Jesus Fernandes - Gesundheitspolitischer Sprecher

Lockdowns und Lügen

Warum ein Untersuchungsausschuss zur Corona-Politik überfällig ist

Die Corona-Pandemie hat unser Leben drastisch verändert und die Schattenseiten der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns offenbart. Die AfD-Fraktion fordert einen Untersuchungsausschuss, um die fragwürdigen Entscheidungen der Regierung zu beleuchten und Transparenz herzustellen.

Lockdowns, Schulschließungen und Maskenpflicht wurden ohne ausreichende wissenschaftliche Grundlage und parlamentarische Debatten durchgesetzt. Das Ergebnis? Weniger Gesundheit für die Bevölkerung, eine gesplante Gesellschaft und enormes Misstrauen in die Politik.

Gefälligkeitsgremium statt Expertenrat

Der „Corona-Expertenrat“ war von handverlesenen Personen dominiert, die auf Regierungslinie lagen. Unabhängige Epidemiologen und kritische Stimmen wurden ausgeschlossen. Skandalös war die Einbindung von Nudging-Experten, die das Verhalten der Bevölkerung manipulieren sollten – ein direkter Angriff auf persönliche Freiheit und demokratische Legitimität.

Impfkampagnen-Desaster

Politiker wie Karl Lauterbach und Manuela Schwesig verbreiteten widersprüchliche und alarmistische Aussagen. Die Medien agierten als politische Handlanger und verbreiteten Verunsicherung. Lauterbachs Behauptung, die Impfungen seien nebenwirkungsfrei, war eine grobe Täuschung. Risiken wurden zu spät anerkannt, und die einrichtungsbezogene Impfpflicht wurde trotz Zweifeln an der Wirksamkeit eingeführt. Die Spaltung der Gesellschaft und ge-

sundheitliche Folgeschäden wurden ignoriert – ein unverzeihlicher Fehler.

Wirtschaftliche und soziale Schäden

Lockdowns haben Existenzen zerstört, Schulschließungen die Bildung unserer Kinder beeinträchtigt und die psychischen Belastungen sind immens. Die Kosten der Maßnahmen gehen in die Milliarden, während die langfristigen sozialen Folgen noch gar nicht absehbar sind.

Masken-Affäre

Überteuerte Beschaffungen und die Beteiligung von Politikern an lukrativen Geschäften werfen ein bezeichnendes Licht auf die Pandemiepolitik. Während Millionen Bürger litten, profitierten einige wenige schamlos. Jens Spahn und seine Politikerfreunde müssen sich endlich für ihre Rolle in diesem Skandal verantworten.

Forderung nach einem Untersuchungsausschuss

Ein Untersuchungsausschuss ist der einzige Weg, um diese dunklen Kapitel aufzuarbeiten und das Vertrauen der Bürger zurückzugewinnen. Die AfD-Fraktion steht entschlossen bereit, diesen wichtigen Schritt zu gehen. Mecklenburg-Vorpommern braucht Klarheit, Ehrlichkeit und eine politische Führung, die wirklich im Interesse der Bürger handelt. Die Zeit der Vertuschung muss ein Ende haben. Es ist Zeit für Wahrheit und Gerechtigkeit.

Krieg gegen unsere Autos

Stephan J. Reuken - Verkehrspolitischer Sprecher



Beim Schreiben dieses Textes liegt die Wahl zum EU-Parlament noch vor uns. Wenngleich die Parteien rechts der Mitte gute Ergebnisse einfahren, wird die Bürokraten in Brüssel so schnell nichts stoppen. Zwar hat das EU-Parlament der Kommission eine Absage für ihre Vorschläge erteilt, Führerscheine und deren Erwerb weiter einzuschränken, aber neue Bevormundungen kündigten sich an. Ab Juli 2024 sind in Neuwagen bestimmte Assistenzsysteme Pflicht. Das wohl größte Ärgernis wird der Intelligent Speed Assistent (ISA).

Eine Kamera identifiziert Schilder mit Geschwindigkeitsbegrenzungen und das Auto gibt ein optisches (Blinken) oder akustisches (Piepton) Signal oder das Fahrzeug regelt automatisch auf die zugelassene Geschwindigkeit herunter. Störungen im Verkehrsfluss oder Auffahrunfälle durch fehlerhaftes Erkennen der Beschilderung sind vorprogrammiert. Neben dem ISA kommen viele weitere Pflichtsysteme hinzu, u.a. eine Blackbox, Notbremsassistent, Rückfahrassistent und viele mehr. Die EU-Kommission gibt an, mit dieser Maßnahme 25.000 Verkehrstote verhindern zu wollen. Bei 450 Mio. Einwohnern der EU ergreift die Kommission also Maßnahmen, deren Effekt sich nicht mal mehr im Promille-Bereich bewegen. Dafür hat diese neue Richtlinie Konsequenzen für den Automarkt: Neue Systeme erhöhen zunehmend die Preise für PKW und die Kommission geht damit über Umwege weiter gegen den Individualverkehr vor. Man muss das Auto nämlich nicht mehr verbieten, wenn es irgendwann so teuer ist, dass sich kaum noch jemand eines leisten kann.

Wir als AfD lehnen solche Gängeleien rundherum ab. Wenn eine Nachfrage nach mehr Assistenzsystemen besteht, werden sich Anbieter finden, die diese befriedigen. Ähnlich verhält es sich mit dem Feldzug gegen den Verbrenner-Motor. Viele europäische Autobauer machen gerade eine 180°-Wende und fahren ihr Engagement in Sachen Elektroautos zurück. Der Grund: Es gibt kaum Nachfrage für Fahrzeuge, die teurer als ihre Verbrenner-Pendants sind und weniger Reichweite haben. Das dämmert langsam auch der EU-Kommission und ich gehe davon aus, dass das Verbot von Verbrenner-Motoren ab 2035 still und heimlich ad acta gelegt werden wird. Gut so. Im Kampf gegen die Realität, den die EU-Kommission bisweilen führt, gewinnt am Ende immer die Realität.

Langzeitarbeitslose endlich in Arbeit bringen

Michael Meister - Arbeitsmarktpolitischer Sprecher

Seit fast 30 Jahren regieren Sozialdemokraten in Mecklenburg-Vorpommern und ja, es gibt Menschen in unserem Land, die seit ebenfalls 30 Jahren keiner Erwerbstätigkeit nachgehen, von der sie ihren Lebensunterhalt bestreiten können. Diesen steinigen Weg haben Sozialdemokraten gepflastert mit Niedriglöhnen, den bundesweit längsten Arbeitszeiten, Renten knapp über dem Sozialhilfeniveau, einer maroden Infrastruktur, einem unterdurchschnittlichen Bildungssystem, überbordender Bürokratie und einer ideologisch betriebenen Energiepolitik.

Wirtschaftsstarke Unternehmen verlassen fluchtartig das Land oder machen einen großen Bogen um Mecklenburg-Vorpommern. Fachkräfte suchen oft ihr Heil in der Flucht und finden besser bezahlte Jobs in Hamburg oder Berlin.

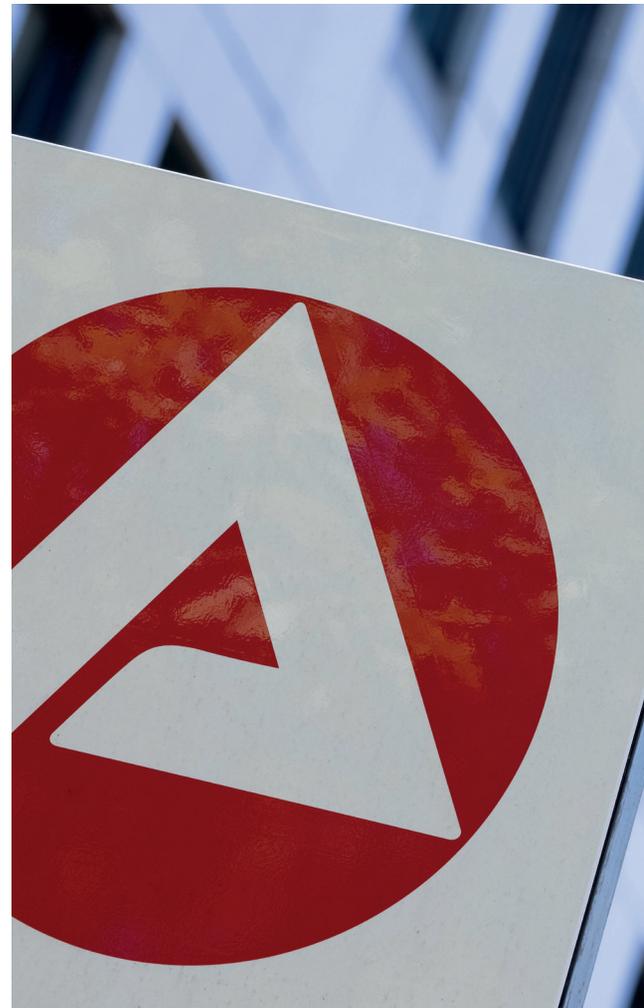
Trotz des nicht zu übersehenden Arbeits- und Fachkräftebedarfs ist Wirtschaftsminister Meyer nicht einmal in der Lage, die rund 24.000 Langzeitarbeitslosen in MV in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse zu bringen, obwohl es genügend Nachfrage nach Arbeitskräften gibt, die nicht zwingend einen Hochschulabschluss voraussetzen.

Stattdessen wird lieber in Brasilien, Vietnam, Indien und Mexiko um Arbeitskräfte für den Arbeitsmarkt in MV geworben.

Dass diese untauglichen und nicht wirklich nachhaltigen Anwerbemaßnahmen zum Scheitern verurteilt sind, ist nur eine Frage der Zeit.

Sinnvoller wäre es, das dafür vorgesehene Geld in den Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit zu investieren und sich mit dem Engagement auf das eigene Land zu konzentrieren.

PR-Aktionen unter Palmen bringen Mecklenburg-Vorpommern nicht voran!





08. Mai - Kein Tag zum feiern

Flucht, Vertreibung und Entrechtung

Horst Förster - Rechtspolitischer Sprecher

Der 8. Mai ist ein Schicksalstag für uns Deutsche, der mehr bedeutet als die Erlösung vom Nationalsozialismus. Die bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht bedeutete die totale Niederlage und die totale Unterwerfung unter die Siegermächte. Der erste Bundespräsident Heuss hat es so formuliert, dass Deutschland an diesem Tag erlöst und vernichtet in einem wurde.

Deutschland wurde erlöst vom Nationalsozialismus und erntete zugleich eine Vergeltung in historisch einmaliger Größenordnung. Der 8. Mai markiert nicht nur das Ende der NS-Diktatur, sondern steht auch für Flucht und Vertreibung, Stalinismus, Verlust der Ostprovinzen und die Teilung Deutschlands. Von Flucht und Vertreibung waren über 12 bis 14 Millionen Landsleute betroffen, wovon über 2 Millionen umkamen. Es handelt sich dabei um die größte Zwangsmigration in der europäischen Geschichte, vermutlich sogar weltweit.

Unzählige Frauen und Mädchen wurden Opfer von Massenvergewaltigung. Viele nahmen sich das Leben. Zu erinnern ist auch an die Kriegsgefangenen und Verschleppten in sowjetischen Arbeitslagern, von denen nur ein kleiner Teil nach 10 Jahren in die Heimat zurückkehrte.

Ja, dieser Tag war auch eine Befreiung von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Aber das ist nur eine Seite der Medaille. Wer die andere Seite verschweigt oder kleinredet, betreibt eine die Opfer verhöhnende Erinnerungskultur.

Was noch zur Wahrheit gehört:

Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen

Von diesen hatten ebenfalls die meisten die Gefangenschaft nicht überlebt. Deren Befreiung sah so aus, dass sie überwiegend in den Lagern Sibiriens landeten. Denn nach einem Erlass Stalins vom 16.08.1941 galten sowjetische Soldaten, die sich dem Feind ergeben hatten, als Deserteure.

Gemeinsamer Überfall auf Polen

Der Zweite Weltkrieg begann bekanntlich mit dem deutschen Überfall auf Polen am 1. September 1939. Was dabei untergeht, ist der eine Woche vorher zwischen Deutschland und der Sowjetunion geschlossene Nichtangriffspakt (sog. Hitler-Stalin-Pakt). Dieser enthielt ein geheimes Zusatzprotokoll, in dem beide Länder ihre Interessenssphären im Osten festlegten. Dementsprechend marschierte die Rote Armee mit 600.000 Soldaten nur zwei Wochen nach dem deutschen Einmarsch in den östlichen Teil Polens ein. In Brest Litowsk trafen deutsche und sowjetische Panzereinheiten zuerst zusammen. Es fanden gemeinsame Siegesparaden mit feierlichem Tausch der Hakenkreuz- gegen die Rote Fahne statt.

Erinnerungskultur

Unsere Erinnerungskultur muss der Wahrheit verpflichtet sein und darf nicht sortiert zum Instrument der Politik werden. Doch genau das findet statt, wenn die herrschenden Kreise den 8. Mai dazu benutzen, den politischen Gegner als Demokratiefeind zu diffamieren, um so vom eigenen Versagen abzulenken.



FRAKTION VOR ORT

AfD-Fraktion im Landtag MV
Lennéstraße 1 (Schloss), 19053 Schwerin

0385/525-1700
kontakt@afd-fraktion-mv.de
www.afd-fraktion-mv.de



NIKOLAUS KRAMER

Breite Straße 23, 17358 Torgelow
Am Mühlentor 1, 17489 Greifswald
nikolaus.kramer@afd-fraktion-mv.de
03834 - 7773690
www.nikolauskramer.de

ENRICO SCHULT

Treptower Straße 26, 17109 Demmin
Basedower Str. 10, 17139 Malchin
enrico.schult@afd-fraktion-mv.de
03998 - 2856416
www.enrico-schult.net

HORST FÖRSTER

Neustrelitzer Straße 70g, Neubrandenburg
kontakt@horst-foerster.de
0395 - 36968500
www.horst-foerster.de

MARTIN SCHMIDT

Lange Straße 108, 19230 Hagenow
Ziegeleiweg 17, 19057 Schwerin
kontakt@martinschmidt.net
01575 - 6421807
www.martinschmidt.net

STEPHAN J. REUKEN

Hasenwinkel 6, 17438 Wolgast
stephan.reuken@afd-fraktion-mv.de
0385 - 5251722

THORE STEIN

Eisenbeisstraße 26, 19386 Lübz
thore.stein@afd-fraktion-mv.de
03871 - 2639175
www.thore-stein.de

JAN-PHILLIP TADSEN

Kütiner Straße 21, Sternberg
jan.phillip.tadsen@afd-fraktion-mv.de
0385 - 5251762
www.jan-phillip-tadsen.de

JENS SCHULZE- WIEHENBRAUK

Am Markt 7, 17389 Anklam
jens.schulze-wiehenbrauk@
afd-fraktion-mv.de
03835 - 5251723

PAUL TIMM

Mobiles Wahlkreisbüro
paul.timm@afd-fraktion-mv.de
0176 - 43853351
www.paultimm-afd.de

Am Markt 21
18528 Bergen auf Rügen

THOMAS DE JESUS FERNANDES

Rosa-Luxemburg-Str. 16a, 17192 Waren
thomas.fernandes@afd-fraktion-mv.de
03991 - 1480711
www.de-jesus-fernandes.de

PETRA FEDERAU

Bürgermeister-Bade-Platz 2,
19055 Schwerin
petra.federau@afd-fraktion-mv.de
0385 - 58931527
www.petra-federau.com

JENS-HOLGER SCHNEIDER

Dankwartstraße 57, 23966 Wismar
jens.holger.schneider@afd-fraktion-mv.de
03841 - 2452765

MICHAEL MEISTER

Wilhelm-Külz-Platz 1, 18055 Rostock
01575 180 57 02
michael.meister@afd-fraktion-mv.de
www.michael-meister.de